Eva Steiner (ÖVP) wohnt in Rubland bei Paternion

Schön, Sie zu treffen, Frau Eva Steiner!

Seit ich lesen kann, erhält die Kleine Zeitung vor Pfingsten Lektüre. Zum Teil wurde mir das von den Eltern in die Wiege gelegt, die selbst schon lange treue Leser sind. Um informiert in den Tag zu starten, blätterte ich gleich morgens die Zeitung durch, wobei lediglich der Sportteil ausgelassen wird – denn vermachen meine Mann und ich Jahr selbst regelmäßig nachhause. Ich finde es bereichernd, durch die Zeitung nicht oberflächliche Informationen, sondern echtes Wissen vermittelt zu bekommen. Deshalb bleiben unter anderem geschichtliche Themen, wie die Artikelreihe zur Entstehung der Republik Österreich Ende letzten Jahres, in Erinnerung. Außerdem nehme ich gern den Vorteilschalt in Anspruch, sei es für preisreduzierten Skiläuben oder Theaterbesuche.

Was ich vorhin nicht erwähnt habe: Wegen unserer in der Hinsicht unvorteilhaften Lage, kann ich beim Frühstück aber nur die Zeitung vom Vortag lesen, denn die aktuelle kommt erst ab Mittag mit der Post. Sonntags gibt es kein Blatt, weshalb ich nach Feiertrits Dienst oder Stadtlbach spaziere, um mir selbst einen zu holen. Doch nichtsdestotrotz werde ich auch zukünftig die Kleine Zeitung weiterlesen, eventuell auch einmal über unseren digitalen Zugang, wobei ich dann das Gefühl vom rauen Papier in der Hand vermissen würde.

Protokoll: Martin Kaufer

SO DENKEN SIE DARÜBER

Die Schere zwischen Arm und Reich

Ist die Politik tatsächlich in Geiselhaft der Superreichen? Leser diskutieren über die soziale Ungleichheit, die weltweit zunimmt.

Wie dauerhafte Armut das Leben verkürzt", „Gerechtigkeit als Geschäft", Außensicht „Das alljährliche Empörungsritual", 22. 1.

Die Kleine Zeitung berichtet, dass die Superreichen dieser Welt um 2 Milliarden Euro pro Tag (!) reicher geworden sind. Zugleich sterben dauerhaft arme Menschen zehn Jahre früher als der Rest der Bevölkerung. Die Schere zwischen Arm und Reich ist neben der traurigen Sterberate der eigentliche Skandal, ein Armutszeugnis unserer neoliberalen, kapitalistischen Gesellschaft. Laut der aktuellen Oxfam-Studie konnte sich 2017 wieder das eine Prozent der Bevölkerung (also die Superreichen) 80 Prozent des weltweiten Vermögens sichern. Die Autoren der Armutsstudie meinen, diese extreme Kluft sei „Folge einer verfehlten Politik".

Ja, das ist es tatsächlich. Und solange die Politik und deren Vertreter in Geiselhaft der Mächtigen sind, solange sie primär die Interessen der Wirtschaft vertreten, solange die weltweit wichtigsten Politiker von den Superreichen regiert und dirigiert werden, solange wird sich nichts ändern. Außer die Zivilgesellschaft reagiert mit einem weltweiten Volksbegehren, indem sie alldem die Stirn bietet. Indem wir uns empören, uns gegen diese Ungerechtigkeit wehren, Widerspruch erheben.

Dr. Karl Nessmann, Klagenfurt

Abgekanzelt

Dass Ihre geschätzte Zeitung Kommentare zu bestimmten Nachrichten vor der Nachrichtenmeldung bringt, lässt den Verdacht aufkommen, der Leser soll mit vorgefasster Meinung die nachfolgenden Informationen interpretieren. Wie die diese Umgangsweise abgewendet, erfinde ihr Blatt noch klarer als eine der wichtigsten Qualitätszeitungen Österreichs da. Glossen, welche die Meinung der Redaktion oder von Gastkommentatoren zum Ausdruck bringen, sind selbstverständlich erwünscht. Doch wäre in einer pluralistischen Demokratie auch ein medialer Podium vonnöten, wo Meinungen von Minderheiten, die nicht über die Mittel für ein eigenes Sprachrohr verfügen, präsentiert werden können.

Der Anlassfall dieser Vorschläge ist die Glosse über, wie der Oxfam-Bericht in den Glossen von Herrn Sommergruber und einem Mann der neoliberalen millionenschweren Denkfabrik Agenda Austria als abgedroschen abgekanzelt wird, obwohl die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich mit all ihren Auswirkungen ein unleugbares Faktum ist. Indes nicht mehr genießbar erscheint mir die Verpfeifung von Infiglerigem Narcissmus als Wirtschaftswachstumsmotor.

Hubert Fischer, Feldkirchen

Ski-Tour im Tiefschnee

Kickl provoziert gern

„Eine gefährliche Drohung", 25. 1.

In der u. a. „Außensicht" ist zu lesen: „Ich glaube immer noch, dass der Grundsatz gilt, dass das Recht der Politik zu folgen hat und nicht die Politik dem Recht." Das heißt mit anderen Worten: der Wille der Regierung als oberste Rechtsquelle." Warum soll diese Aussage Kickls eine gefährliche Drohung sein? Wie hat die Regierung mit einer Rechtsquelle zu tun? Die Gesetze werden nach wie vor vom Nationalrat mit dem Bundesrat und den Landtagen geschaffen und nicht von der Bundesregierung. Dass das Recht erst nach einer politischen Entscheidung der entsprechenden Organe entsteht, ist wohl unbestritten. Genauso unbestritten ist, dass sich die vom Recht umfassten Personen